



Infobrief November 2010



**Liebe
Wandsbekerinnen,
liebe Wandsbeker,**

mit unserem Infobrief bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren. Kommunalpolitik soll und muss die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Dies kann nur im Austausch mit Ihnen erfolgen, deswegen bieten wir Ihnen mit dieser kleinen Veröffentlichung auch die Möglichkeit, mit uns in einen Dialog einzutreten.

Ihr Thomas Ritzenhoff

Inhaltsverzeichnis

- Bezirksversammlung am 4. November
- Jugendhilfeausschuss muss Zuständigkeit für Mittelvergabe behalten
- Sportplätze sanieren - Konjunkturmittel nutzen
- Barrierefreier Bezirk - Jetzt umsetzen!

Impressum:
SPD-Fraktion in der
Bezirksversammlung Wandsbek
Schloßstraße 12
22041 Hamburg
ViSdP: Ulrike Nickel

Bezirksversammlung am 4. November 2010

Am 4. November 2010 findet die nächste Sitzung der Bezirksversammlung statt. In der aktuellen Stunde wird das Thema "Bezirk ohne Grenzen? UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen" behandelt.

Zur Debatte haben wir zwei Anträge angemeldet: "Erhalt der Zuständigkeit der Jugendhilfeausschüsse für die Projekte der Sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE) sowie der dazugehörigen Rahmenzuweisung" und "Barrierefreier Bezirk: Jetzt endlich in Angriff

nehmen!". Die SPD bringt vier weitere Anträge in die Bezirksversammlung ein:

- "Parken in zweiter Reihe" Verkehrshindernis und Sicherheitsrisiko
- Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen - Aktionsplan für den Bezirk Wandsbek
- Verkehrsberuhigung Anderheitsallee / Fritz-Reuter-Straße / Fabriciusstraße
- Sportplätze sanieren - Konjunkturmittel nutzen

Jugendhilfeausschuss muss Zuständigkeit für Mittelvergabe behalten

Der Hamburger Senat plant, die Mittelvergabe für sozialraumorientierte Projekte und Angebote zu zentralisieren. Bisher war es gängige Praxis, dass die Jugendhilfeausschüsse, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Parteien und der Träger der Jugendhilfe mitarbeiten, diese Vergabe geregelt haben. Anja Quast, Fachsprecherin Jugendhilfe, dazu: „Der Jugendhilfeausschuss hat über Monate ein Vergabeverfahren für die Projekte der sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE) ausgearbeitet, das auch von der Fachbehörde gelobt wurde und fühlt sich durch diese neue Entwicklung übergangen.“

Auch vor dem Hintergrund, dass in diesem Prozess ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter von

Trägern und Fraktionen einen erheblichen Arbeitsaufwand geleistet haben, ist das Vorgehen der Fachbehörde nicht nachzuvollziehen. Anja Quast weiter: „Ein derartiger Umgang mit Ehrenamtlichen ist ungebührlich und trägt zur allgemeinen Politikverdrossenheit bei.“

Weil außerdem eine Wirksamkeit der Zentralisierung der Vergabe von SAE-Projekten nicht erwiesen ist, soll in der Bezirksversammlung am 4. November ein Beschluss erwirkt werden, der sich gegen dieses Ansinnen des Senates ausspricht. Nur so kann die gute und von der Fachbehörde gelobte Arbeit des Wandsbeker Jugendhilfeausschusses weiter geführt werden und die vorhandene Kompetenz genutzt werden.

Sportplätze sanieren - Konjunkturmittel nutzen

Im Rahmen der Konjunkturmaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg und des Bundes konnten erfreulicherweise zahlreiche Maßnahmen zur Auflösung des Instandsetzungstaus bei Sportstätten auch im Bezirk Wandsbek auf den Weg gebracht werden. Um die zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich für Maßnahmen einsetzen zu können, müssen sie nach den Richtlinien des Konjunkturpaketes II bis zum 31.12.2010 begonnen worden sein. Unter Maßnahmebeginn versteht man das Vorliegen unterzeichneter Werkverträge, dem allerdings vorab eine formelle öffentliche Ausschreibung zugrunde gelegt wird. Dieses Ausschreibungsverfahren unterliegt entsprechenden Fristsetzungen, die einzuhalten sind. Einige Variablen konkreter Maßnahmenplanungen, vor allem deren Finanzierungen,

enthalten offenbar Risiken den angestrebten Maßnahmebeginn vor dem 31.12.2010 überhaupt erreichen zu können.

Aufgrund der Haushaltssituation der FHH wären Verschiebungen einzelner Maßnahmen nicht zu akzeptieren, weil auf lange Sicht hin deren Umsetzung aufgrund fehlender öffentlicher Mittel nicht möglich erscheint und damit vor allem die einzelnen betroffenen Sportvereine aber auch der Schulsport im Bezirk Wandsbek maßgeblich beeinträchtigt werden würde.

Die SPD-Bezirksfraktion setzt sich dafür ein, dass alle im Bezirk Wandsbek angemeldeten Maßnahmen zur Instandsetzung von Sportplätzen und -anlagen aus dem Konjunkturpaket II schnellstmöglich dahingehend überprüft werden, ob die mitgeteilten Finanzierungsgrundlagen

weiterhin Gültigkeit besitzen und ob alle zugesagten Drittmittel weiterhin fließen. Außerdem soll geklärt werden, ob die notwendigen Fristen im Rahmen der Ausschreibungsmodalitäten eingehalten werden können und ob der jeweilige Maßnahmebeginn für alle angemeldeten Maßnahmen tatsächlich bis zum 31.12.2010 erreicht werden kann.

Des Weiteren sollen für so überprüfte Maßnahmen die notwendigen fehlenden Mittel bereitgestellt werden, damit die angemeldeten Maßnahmen wie geplant umgesetzt werden können. Der Bezirksversammlung ist bis zum 30. 11. 2010 über die erfolgte Überprüfung und den Fortgang der Umsetzung der angemeldeten Maßnahmen zu berichten.

Barrierefreier Bezirk - jetzt UN-Konvention umsetzen!

Im Februar 2010 hat die Bezirksversammlung Wandsbek nach Beratungen in den Fachausschüssen beschlossen, die Barrieren im Bezirk abzubauen. In Zusammenarbeit mit dem Bezirkssenorenbeirat, Behindertenverbänden und weiteren Organisationen aus dem Bezirk soll eine Prioritätenliste erstellt werden, anhand der die bestehenden Barrieren abgebaut werden. Hierbei sind insbesondere die „Alltagsschikanen“ die den Menschen buchstäblich im Wege stehen, nicht große Baumaßnahmen die der Bezirk nicht leisten kann, gemeint.

Um dieses Vorhaben verwirklichen zu können, werden finanzielle Mittel benötigt. Da diese Mittel nicht in einer Summe abgerufen werden können, weil es sich um viele einzelne kleinere Tiefbaumaßnahmen handeln

wird, ist es sinnvoll einen Fonds „Barrierefreier Bezirk“ zu gründen. Davon sollen die Gelder einzeln, für die jeweiligen Maßnahmen abgerufen werden.

Um den Beschluss der Bezirksversammlung vom 25. Februar 2010 umzusetzen, werden aus der Zuwendung „Einnahmen für Großwerbeanlagen“ 150.000 Euro in einem Fonds „Barrierefreier Bezirk“ festgelegt. Mit Hilfe dieses Fonds könnte die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Wandsbek umgesetzt werden.

Ein Aktionsplan sieht folgende Maßnahmen vor:

- Überprüfung aller öffentlichen Einrichtungen auf ihre Barrierefreiheit hin
- Maßnahmen zur Schaffung von barrierearmen, kostengünstigen Lösungen sind kurzfristig

zu realisieren.

- Langfristige Maßnahmen zur vollständigen Schaffung von Barrierefreiheit sind in die Investitionsplanung aufzunehmen.
- Die Internetpräsenz des Bezirks ist vollständig barrierefrei zu gestalten.
- Informationsbroschüren und Formulare sind in leichter Sprache, mit kontrastreichem Design und lesbaren, großen Schriften zu gestalten.
- Überprüfung ob im Bezirksamtsbereich ausreichend öffentliche Toiletten vorhanden sind
- Überprüfung der Anzahl der behindertengerechte Toiletten
- Außerdem ist zu prüfen, ob im Bezirksamtsbereich genug barrierefreier Wohnraum vorhanden ist und welche Möglichkeiten bestehen, auf das Angebot an barrierefreiem Wohnraum Einfluss zu nehmen.